

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P. XXV/94

Bonn, den 25. Mai 1970

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

| <u>Seite</u> | | <u>Zeilen</u> |
|--------------|--|---------------|
| 1 - 1a | Frustrierte Opposition ----- Kassel und die C-Parteier | 66 |
| 2 - 3 | Der blaue Himmel über dem Ruhrgebiet ----- Erinnerung und Verpflichtung Von Fritz Sänger, MdB | 70 |
| 4 | Späte Einsicht ----- Universitätsbaupläne in Schleswig-Holstein | 47 |
| 5 | Harlem ----- Negerprobleme in New York Von Paul Neumüller, New York | 40 |

Frustrierte Opposition

Kassel und die C-Parteien

sp - Seit dem zweiten deutschen Spitzengespräch in Kassel bemühen sich einige Sprecher der C-Parteien, in der Öffentlichkeit den Eindruck zu erwecken, als sei etwas Schreckliches geschehen. Angeblich habe Brandt "Positionen aufgeben" sinnlose Vorleistungen erbracht und auch sonst noch einiges getan oder gesagt, was zu den schlimmsten Dingen gehört, die man einem Regierungschef vorwerfen könnte. Dies alles, obwohl die C-Parteien erst heute ausführlich über Kassel unterrichtet werden und obwohl man ihnen mehrfach gesagt hat, die Gespräche in Erfurt und Kassel müßten in einem engen Zusammenhang mit den zurzeit in Moskau, Warschau sowie in anderen Hauptstädten der Warschauer Paktstaaten geführten Gespräche gesehen werden.

Diese Sprecher der C-Parteien wissen ganz genau, daß die Alliierten der Bundesrepublik ständig über die praktischen Schritte der Ostpolitik der Regierung Brandt/Scheel unterrichtet und von diesen gebilligt werden. Das haben NATO-Generalsekretär Brosio und US-Außenminister Rogers am Wochenende in Rom ausdrücklich bestätigt.

Wer also unter diesen Umständen und in dieser Form wie es von einigen CDU- und CSU-Sprechern geschehen ist, der Regierung Brandt/Scheel ein Verhalten unterstellt, das in der Tat kritikwürdig wäre, begibt sich - wissentlich oder unwissentlich, gewollt oder ungewollt - in die Gesellschaft jener, die jenseits der unser Europa trennenden Demarkationslinie dogmatisch und stur verhindern wollen, daß es zwischen Ost und West zu einer Entspannung kommt.

Nun scheinen allerdings nicht alle Wochenendredner der C-Parteien gleicher Meinung zu sein. Was der langjährige Außen- und Verteidigungsminister Schröder, der Berliner CDU-Abgeordnete Gradl und der CDU-Abgeordnete Prof. Weizäcker gesagt haben, klingt ganz anders, als jene Töne, die wir von Kiesinger, Strauß und von Wrangel hören mußten. Auch die beiden CDU-Abgeordneten Dichtjans und Petersen, die in der vergangenen Woche von einer Polenreise zurückkamen, stimmten nicht in den Chor jener C-Redner ein, die nicht vorhandene Positionen aufbauen,

um hinterher sagen zu können, man hätte sie "aufgegeben".

Es scheint das Schicksal der gegenwärtigen parlamentarischen Opposition zu sein, immer wieder hinter den Ereignissen herzulaufen. Zahllose Meinungsumfragen zeigen, daß die Mehrheit unserer Bevölkerung das Bemühen der Regierung Brandt/Scheel um den Abbau der Spannungen nach Osten hin billigt. Alle diese Meinungsumfragen bestätigen aber auch, daß man sich keine Illusionen über die Härte kommunistischer Verhandlungspartner und demzufolge auch keine Illusionen über schnell zu erreichende Resultate macht. Nur bei den C-Parteien hat sich das noch nicht herumgesprochen. Dort spielt man mit falscher Münze, verschweigt bewußt, daß man zwanzig Jahre lang mit der Politik der sogenannten Stärke nicht einen Schritt weitergekommen ist und tut im Übrigen so, als könne die Regierung Brandt/Scheel aus einem leeren Zylinder tausend Friedenstauben auf einmal hervorzaubern.

Man kann natürlich auch sagen, die Männer, mit denen wir es in Moskau, Warschau und Ostberlin zu tun haben, würden sich nie ändern und es habe deshalb überhaupt keinen Sinn mit ihnen zu reden. Ein solcher Standpunkt, offen ausgesprochen, hätte zur Konsequenz, daß man dann auch sagte, man wolle jene Politik fortsetzen, die den Graben zwischen Ost und West immer tiefer gemacht hat. Das aber tun die meisten Sprecher der C-Parteien nicht. Sie nähren mit ihrer nörgelnden Kritik an der Regierung Brandt/Scheel weiterhin alle jene Illusionen, mit denen sie schon in den vergangenen Jahren große Teile unseres Volkes eingeschläfert haben.

Die Regierung Brandt/Scheel - das hat sie schon in der Regierungserklärung vom 28. Oktober 1969 gesagt - ist bereit, auf der Grundlage von Realitäten einen Beitrag zur Sicherung des Friedens in Europa zu leisten. Sie läßt sich nicht durch parteitaktische Manöver einiger Sprecher der C-Parteien von dieser ihrer Absicht abbringen, weil sie weiß, daß der Friede in Europa nur dann erhalten bleiben kann, wenn wir vom Zustand der Konfrontation zwischen Ost und West zur Kooperation gelangen. Das wird ein weiter und schwieriger Weg sein. Wer ihn nicht mitgehen will, muß das selbst verantworten.

+ + +

Der blaue Himmel über dem Ruhrgebiet

Erinnerung und Verpflichtung

Von Fritz Sänger, MdB

Die C-Parteien verlangten ein Programm für besseren Umweltschutz, so steht in den groen Zeitungen zu lesen, so teilt es der Rundfunk mit und so hat es Gerhard Stoltenberg vor der Presse proklamiert, indem er einen Antrag seiner Fraktion im Bundestag, der CDU/CSU, interpretierte. Das war der selbe Gerhard Stoltenberg, der sich vor einem knappen Jahrzehnt nicht lassen konnte vor Spott und Hohn, die er über die SPD ausgo, weil sie saubere Luft, reines Wasser und vieles mehr in ihr Programm aufgenommen hatte, um die Menschen vor der Verschmutzung und Verseuchung der Umwelt zu schützen.

Vor zehn Jahren hohnten sie, diese merkwürdigen und kurz-sichtigen Nur-Parteitaktiker und heute gebärden sie sich als Opposition "fortschrittlich". Sie nehmen auf, was ihre politischen Gegner lange vor ihnen gewollt, verlangt und nicht erreicht haben, weil eben diese Opposition von heute damals als Regierende es nicht wollte. Das ist ein unübersehbares Zeugnis höchst beklagenswerter parteipolitischer Unmoral.

In jenen Jahren blühte sich die deutsche Wirtschaft unter einer Hochkonjunktur, die lange Zeit angehalten hatte und die nicht nur die Reichen reicher gemacht, sondern auch die Kassen des Bundes so angefüllt hatte, da von "Juliusturmen" und anderen Möglichkeiten des Geld-Hortens gesprochen wurde. Man hatte es im uberflu, aber man wollte dem politischen Gegner nicht zugestehen, da er auf eine gefährliche Tatsache hingewiesen hatte, die man - sie sollten es doch zugeben! - auch längst erkannt hatte, an deren Beseitigung man sich aber nicht wagte, weil man die Geldgeber für Wahlkämpfe und die Förderer politischer Aktionen, die Groindustrie und die Finanzmachtigen, nicht verprellen wollte. Denn was zu tun ist, das wird viel Geld kosten.

Wir erinnern uns einer Unterhaltung, die wir damals um diese Frage mit einem Manne der Chemie-Industrie führten, einem Vielge-nannten. Es ging um die Reinerhaltung des Wassers und darum, da es gesetzliche Vorschrift werden könne und müsse, da jedes Werk, das Wasser verunreinigt, indem es Wasser verbraucht, eine eigene und vollständige Reinigungsanlage erstellen müsse, damit nur sauberes

Wasser in die Flüsse zurückkehren könne, deren Wasser allen gehört. Wir sprachen über die Maßnahmen in anderen Ländern und daß es dort möglich gewesen sei, solche Gesetze zu erlassen. Der einzige Einwand des Gesprächspartners war: Aber das ist eine Sache der Allgemeinheit, das Wasser sauber zu halten, nicht unsere in der Industrie!

Gerhard Stoltenberg wird es nicht weit haben, sich nach den Auffassungen industrieller Wasser- und Luftverschmutzer zu erkundigen und dabei zu erfahren, daß sie der Allgemeinheit zwar das saubere Wasser entziehen, dafür aber das verdreckte zurückgeben - zum Schaden der Allgemeinheit, zum unmittelbaren Nutzen der Unternehmen.

Wenn die Opposition ihre Vorschläge im Bundestag beraten läßt, sollte es einen Zusatz zu diesen Anträgen geben: Jedes Werk ist verpflichtet, Abwasser selbst zu reinigen und die dafür erforderlichen Anlagen herzustellen, bevor die Produktion aufgenommen wird. Schon bestehende Werke haben die Einrichtungen binnen Jahresfrist zu erstellen. Weder Private noch Krankenhäuser, weder kommunale Betriebe noch staatliche Einrichtungen dürfen Ausnahmen bilden. So und nur so werden wir in einigen Jahren wieder saubere Flüsse und Bäche haben. Und saubere Luft ließe sich auf gleiche Weise erzwingen. Der Gesetzgeber muß nur wollen.

Was in dem umfangreichen Antrag der CDU/CSU-Fraktion gefordert wird, das sind wieder nur allgemeine und grundsätzliche Aussagen. Neben offenen und versteckten Vorwürfen an eine Regierung, die unter ungleich ungünstigeren Umständen an eine früher jahrzehntlang versäumte Aufgabe herangehen will und wird. Wieder liest man die Phrasen vom "Umweltschutz" nur im Zusammenhang mit einer "Förderung der Entwicklung" von Geräten, mit Fragen der Zuständigkeit, mit vagen Zahlen über bereits getätigte Ausgaben. Weit einfacher und Überzeugender wäre es, wenn die Opposition klar gesagt hätte, wer welche Verpflichtungen hat, weil er sich Rechte nahm, die er anderen schmälerte.

Hier sind innerdeutsche Wiedergutmachungen im besten nationalen Sinne nötig, sofort und ohne parteipolitische Polemik. Die Sozialdemokraten sollten ihre präzisen Vorschläge von 1961 und vorher wieder hervorholen, die sie damals als Opposition nicht verwirklichen konnten und die Anlaß zum Hohn derer waren, die heute so forsch beharren als sei das alles erst heute eine Verpflichtung geworden.

+ + +

Späte Einsicht

Universitätsbaupläne in Schleswig-Holstein

sp - Mit rund 400 Millionen Mark soll die Kieler Christian-Albrechts-Universität, die einzige Hochschule in Schleswig-Holstein, so ausgebaut werden, daß sich ihre Aufnahmekapazität von gegenwärtig rund 7.600 Studenten auf annähernd 12.000 Studenten bis etwa 1980 erhöht. Das bedeutende Universitätsbauprogramm greift nunmehr - endlich - auf Typen-Entwürfe, Schnellbauweise und vereinfachte Genehmigungsverfahren zurück.

Jetzt hat man sich in Kiel bei der CDU-geführten Landesregierung dazu entschlossen, den gemächlichen Trotz mit unbefriedigenden Planzielen beim Kieler Universitätsbauprogramm zu verlassen. Einst hieß es, die Hochschule dürfe auf keinen Fall mehr als 7.000 Studenten aufnehmen, denn sonst werde Massenbetrieb herrschen. Eine vernünftig gegliederte Hochschule wird jedoch nicht dem Massenbetrieb anheim fallen. Als Planziel gilt nun die Zahl von 12.000 Studierenden.

Ebenso lange, wie das Kieler Kultusministerium mit seiner Konzeption für den jetzt anlaufenden zehnjährigen Universitätsbauplan zögerte, wird nun schon der Plan für ein Gesamt-Hochschulsystem für Schleswig-Holstein verschleppt. Auch wenn das nördliche Bundesland zu den finanzschwachen Ländern zählt, wird es einfach nicht mit 12.000 Studienplätzen bei einer Bevölkerung von nurmehr 2,5 Millionen Menschen auskommen.

Zieht man die Grundlage der Bevölkerungszahl heran und Vergleiche mit anderen Bundesländern und dem angrenzenden Skandinavien, müßten in Schleswig-Holstein schon heute zwei ausgebaute Universitäten stehen. Die Landesregierung in Kiel kommt auf lange Sicht einfach nicht daran vorbei, weitere 12.000 Studienplätze zu schaffen, wenn Schleswig-Holstein nicht als bildungsarme Provinz angesehen werden will.

In Lübeck arbeitet schon eine medizinische Akademie; sie ist der Kieler Universität angeschlossen. Für Flensburgs Grenze gibt es Pläne, die sich in Richtung auf eine Technische Hochschule bewegen und möglicherweise mit dem Universitätsnetz Dänemarks kooperieren könnte. Andere Überlegungen gehen dahin, am Rande von Hamburg als Gemeinschaftsprojekt einiger norddeutscher Länder eine technische Hochschule zu bauen.

Die Landesregierung in Kiel ist jetzt aufgerufen, zu erklären, wo der Standort der zweiten Hochschule von Schleswig-Holstein sein soll. Will man eine zweite Universität in Lübeck oder eine Technische Hochschule in Flensburg? Ist es besser, ein Gruppensystem derart einzurichten, daß bedeutende Fachbereiche der Kieler Universität in anderen Städten Schleswig-Holsteins angesetzt werden?

Im Kultusministerium in Kiel gibt es jetzt endlich eine Planungsgruppe, die arbeitsfähig ist. Das statistische Material liegt vor. Der Begriff Bildungsplanung hat nun endlich Eingang gefunden. In Verfolg dieser Voraussetzungen wird jetzt vom Kultusministerium an der Kieler Förde erwartet, daß die Universitätspläne schnell bekanntgegeben und die entsprechenden Baumaßnahmen eingeleitet werden.

+ + +

Harlem

Negerprobleme in New York

Von Paul Neumüller, New York

New York, die größte Stadt der USA, hat wahrscheinlich auch die größten Sorgen aller amerikanischen Städte. Hauptproblem war und ist noch immer die Rassenintegration.

Im Jahre 1960 ergab das Verhältnis zwischen Weißen und Schwarzen 5 : 1, während heute bei annähernd zwei Millionen Einwohnern schwarzer Hautfarbe auf jeden dritten Weißen ein Neger kommt.

Trotz gewaltiger Anstrengungen amtlicher Stellen, das soziale Problem der Neger zu lösen, muß festgestellt werden, daß auch im Jahre 1970 noch 85 Prozent der schwarzen Bevölkerung in den ärmsten Vierteln der Stadt wohnen. Die Statistik weiß aber auch zu berichten, daß 25 Prozent der schwarzen Jugend arbeitslos ist und daß das Durchschnittseinkommen einer schwarzen Familie inzwischen immerhin 72 Prozent des Durchschnittseinkommens einer vergleichbaren weißen Familie erreicht hat. Wenn aber gleichzeitig festgestellt wurde, daß 35 Prozent der schwarzen Bevölkerung von einer völlig unzureichenden Wohlfahrtsunterstützung leben, dann ist es auch einfach zu verstehen, daß in den Brutstätten der Slums geradezu das Verbrechertum, die Rauschgiftsucht und Prostitution gezüchtet werden. In Harlem, der Hochburg der schwarzen Bevölkerung, ist die Verbrecherquote der Jugendlichen zweimal höher als in den anderen Stadtteilen. Einbrüche und Überfälle - selbst am Tage - gehören zur Tagesordnung. Das Straßenbild ist trostlos; Unrat, der sich zu hohen Abfallhaufen türmt und tonnenweise auf leeren Grundstücksflächen abgelegt wird, daneben schmutzige und ungepflegte Häuser mit leeren Fensterhöhlen, zerbröckelte Gemäuer und Passagen, sind das Wahrzeichen des Stadtteils. Diesem Bild passen sich auch Schulen, Lokale und Geschäfte an.

Die New Yorker Kommunalverwaltung bemüht sich ernsthaft, das Niveau der Schulen zu heben, mit dem Ziele, den Lebensstandard der schwarzen Bevölkerung zu heben und damit eine Voraussetzung für bessere Verdienstmöglichkeiten zu schaffen, die den Schwarzen gestattet, dem Ghetto zu entfliehen.

Es wäre zu wünschen, daß der Tag, an dem auch die weiße Bevölkerung sich sicher in Harlem bewegen kann, nicht mehr allzu fern ist. Bisher ist Harlem für die Weißen verbotenes Territorium. Es bleibt außerdem zu wünschen, daß die Mehrheit der Neger auch künftig dem Grundsatz ihres verstorbenen Führers, Dr. Martin Luther King, treu bleibt und nur auf friedlichem Wege die Gleichberechtigung und Integration anstrebt. Bisher konnten die radikalen Bewegungen wie "black power" und "black panther" noch keinen großen Einfluß auf die Negerbevölkerung ausüben.